

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen
Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 – 311 985 202
Telefax 0214 – 311 985 200
fraktion@levspd.de
www.spd-leverkusen.de/fraktion

Leverkusen, 24. Januar 2025
jf/F.4-003

Änderungsantrag zum Antrag 2025/3199: Beschäftigung von Asylbewerbern

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen der zuständigen Gremien:

- 1. Die Stadt Leverkusen setzt sich zum Ziel, den Zugang von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen so früh wie rechtlich möglich zu erleichtern und proaktiv zu fördern.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, das die bestehenden Fördermöglichkeiten des Bundes und der Länder für die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt maximal ausschöpft.**
- 3. Die gesetzlich bestehenden Systeme zur Integrations- und Arbeitsförderung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern werden wieder hochgefahren.**
- 4. In Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde und anderen relevanten Stellen wird ein Maßnahmenpaket zur Beschleunigung der Erteilung von Arbeitserlaubnissen entwickelt.**

Begründung:

Geflüchtete Menschen bringen häufig eine hohe Motivation und den Wunsch mit, schnell in den Arbeitsmarkt einzutreten. Gleichzeitig stehen viele Branchen in Leverkusen – vom Gesundheitswesen über das Handwerk bis zur Gastronomie – vor einem akuten Fachkräftemangel. Eine schnelle und gezielte Integration von Geflüchteten in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen bietet die Möglichkeit, diesen Mangel zu mildern und die Potenziale der Geflüchteten sinnvoll zu nutzen.

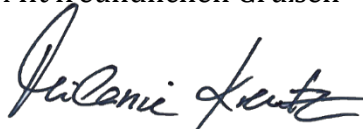
Der Antrag der CDU (2025/3199), der sich stark auf Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) konzentriert, stellt eine spaltende Maßnahme dar und markiert einen sozialen Tiefpunkt der christlichen Werte der CDU. Arbeitsgelegenheiten mit einer Bezahlung von 80 Cent pro Stunde und der Androhung von Leistungskürzungen im Falle einer Ablehnung sind nicht nur erniedrigend, sondern auch kontraproduktiv. Sie schaffen keine nachhaltigen Perspektiven, sondern fördern ein System von Bevormundung und Zwang, das an den tatsächlichen Herausforderungen vorbeigeht. Diese Maßnahmen spalten die Gesellschaft auf Kosten der Schwächsten und stehen im Widerspruch zu den Prinzipien einer inklusiven und humanen Integrationspolitik.

Der Antrag der CDU offenbart eine erschreckende Nähe zu Positionen, die von der AfD vertreten werden. Es ist kein Zufall, dass ähnliche Vorschläge aus einer faktischen Koalition von CDU und AfD in Schwerin stammen, wo vergleichbare Maßnahmen beschlossen wurden. Diese Politik ist nicht nur integrationsfeindlich, sondern auch ein Angriff auf die Grundwerte einer solidarischen Gesellschaft.

Demgegenüber bietet ein nachhaltiger und inklusiver Ansatz echte Lösungen: Die Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse und der Abbau bürokratischer Hürden, etwa durch eine positive Ermessensausübung bei der Erteilung von Arbeitserlaubnissen, ermöglichen es Geflüchteten, schnell in den Arbeitsmarkt einzutreten. Ergänzt durch Maßnahmen gezielte Sprachförderung kann Leverkusen eine Vorreiterrolle bei der Integration übernehmen. Solche Maßnahmen stärken nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern helfen auch, die dringend benötigten Arbeitskräfte für die lokale Wirtschaft zu gewinnen.

Leverkusen ist eine Stadt der Vielfalt und bietet Menschen aus über 150 Nationen ein Zuhause. Diese Vielfalt ist eine große Bereicherung, die besonders auch zur industriellen Entwicklung Leverkusens beigetragen hat. Mit einer konsequent integrativen Politik setzen wir ein klares Zeichen gegen Spaltung und Ausgrenzung und zeigt, dass Integration ein Gewinn für alle sein kann.

Mit freundlichen Grüßen



Milanie Kreutz
Fraktionsvorsitzende



Laura Rodriguez
Sozialpolitische Sprecherin